Zu viel Zweckoptimismus, zu wenig kaufmännische Vorsicht!

Mit diesem Untertitel hat die Freie Wähler-Fraktion den Haushaltsplan 2020 und die Finanzplanung bis 2023 im Gemeinderat charakterisiert. **Insgesamt sind uns die Prognosen der Verwaltung auf der Einnahmeseite zu optimistisch**. Wir glauben auf Grund unserer Erfahrungen beispielsweise nicht, dass es gelingen kann, im genannten Zeitrahmen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, das heißt aus Baulandentwicklung, in Höhe von 51 Mio € zu erzielen; ein erster Rückschlag mit dem Gebiet Greutlesäcker in Hochdorf hat uns ja schon in der Beratungsphase erreicht.

Und **wir vermissen auch die notwendige „kaufmännische Vorsicht“**, wenn die Verwaltung über den gesamten Zeitraum von steigenden Steuerzuweisungen ausgeht; immer wieder wird nämlich glaubhaft von möglicher konjunktureller Eintrübung berichtet.

Auch sind wir skeptisch, ob es Verwaltung und Gemeinderat gelingt, die **Entwicklung der Kosten unter Kontrolle zu halten**. Hatte die Verwaltung noch vor einem Jahr das „Einfrieren“ des Zuschussbedarfes aus Verwaltung und Betrieb bei 27 Mio € als Ziel definiert, ist dieser Kostenblock bereits im Haushalt 2020 auf 30 Mio €, also um mehr als 10 Prozent, angestiegen. Allein die Schaffung von 13 neuen Personalstellen bewirkt Mehrkosten von rund 1,3 Mio €. Und auch in Zukunft werden wir zwangsläufig weitere Stellen benötigen, namentlich im Bereich Bildung und Betreuung.

Weil aber noch zusätzliche Investitionsnotwendigkeiten absehbar sind (z.B. Schulcampus Aldingen, weitere Kitas, U 14-Verlängerung, Westrandstraße und -brücke) haben wir Freien Wähler wie bereits in beiden Vorjahr beantragt, den Blick über das Jahr 2023 hinaus schweifen zu lassen und eine **längerfristige Finanzprognose bis zum Jahr 2030** zu erstellen. Wir brauchen diese als Grundlage für künftige Entscheidungen. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat unserem Antrag mit 12 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen gefolgt ist.

Sehr anerkennend sehen wir, dass der **Neubau von Rathaus, Stadthalle, Kubus und Marktplatz noch immer im Zeit- und Kostenplan** ist, nicht einfach bei der momentanen Baukonjunktur! Auch haben wir der Verwaltung dafür gedankt, dass es im Rahmen der **Neuausschreibung der Busverkehre** gelungen ist, für weniger Geld mehr Verkehrsleistungen zu erhalten. So wurde der Takt des Stadtbusses deutlich verbessert und trotzdem der Zuschussbedarf auf ein Drittel reduziert.

Neben **29 Anfragen**, auf die wir umfassende schriftliche Antworten erhalten haben (nachzulesen im Bürgerinfoportal der Stadt), **haben unsere fünf Anträge eine Mehrheit gefunden**. So wurde unser Antrag, die Verlängerung der U 14 mit Nachdruck zu betreiben, einstimmig beschlossen. Auch unsere beiden Anträge im Zusammenhang mit dem Klimaschutz (Nutzung der Abwärme aus dem Abwasserkanal und Pflanzung von 1000 Bäumen) sollen umgesetzt werden, ebenso wie die Anregung, am Standort des früheren Rathauses in Neckargröningen die Möglichkeit für Seniorenwohnen zu prüfen.

Wir haben deutlich betont, dass wir die weitere **städtebauliche Entwicklung der Neuen Mitte wollen**, um dort gesamtstädtische Nutzungen des Einkaufen und der Dienstleistung, aber auch attraktives Wohnen anzubieten. Auch deshalb, nicht nur wegen der zu lösenden Verkehrsproblematik, **unterstützen wir den Bau der Westrandbrücke**. Wir haben hierzu erneut eingefordert, dass die Planungen sicherstellen müssen, dass **die Westrandbrücke kein Ersatz für einen Nordostring Stuttgart werden kann und darf**.